

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Mittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 47, auch die Post und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren für Nr. 6170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1208.

Telephon Nr. 1208.

Abbestellungsgeld beträgt für die ständige Lieferung über einen Zeitraum von 30 Tagen für Berlin und Provinz 10 Pfennige. Bestellen Sie die nächste Nummer und den Betrag 2 Pfennig in der Expedition abzugeben.

Nr. 202.

Montag, den 29. August 1904.

15. Jahrgang

Klassenkampf.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ veröffentlicht eine längere Darstellung über die im vergangenen Jahre stattgefundenen Streiks. In den nackten Zahlen, die uns da vorgeführt werden, lobern die Sturmzähler des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Sie zeigen, wie die Arbeiter sich jede Verbesserung ihrer sozialen Position schrittweise in hartem, zähem Ringen mit dem Unternehmertum erkämpfen müssen. Sie zeigen aber auch, daß dieses Ringen erfolgreich ist und führen uns die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen vor Augen. Lassen wir die Zahlen reden.

Das Jahr 1903 war für die gewerkschaftlichen Organisationen ein Kampfesjahr, wie keines je zuvor. Es waren 1200 Streiks und 82 Aussperrungen (davon 4 Maiaussperrungen), zusammen 1282 Kämpfe, mit dem Unternehmertum zu verzeichnen. Die höchste in einem der früheren Jahre erreichte Zahl der Kämpfe zeigte das Jahr 1898 mit 985. An den Streiks waren 75,830, an den Aussperrungen 45,763, insgesamt 121,593 Personen beteiligt. Nur im Jahre 1896 war die Zahl der Beteiligten größer als im vorliegenden Jahre. Sie erreichte damals 128,808, doch muß das Jahr 1896 als ein Ausnahmejahr angesehen werden, weil in diesem mehrere besonders umfangreiche Kämpfe geführt wurden. In dem Streik der Konfektionsarbeiter waren allein 30,000, an den Streiks der Hafenarbeiter 23,280 und an denen der Holzarbeiter 25,461 Personen beteiligt, eine Ziffer, die in diesen Gewerben nicht wieder erreicht worden ist.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich entsprechend dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung gesteigert. Daraus werden zweifellos die Unternehmer und ihre bezahlten Agitatoren den Schluß ziehen, daß durch gesetzgeberische Zwangsmaßnahmen dem Wirken der Gewerkschaften Einhalt geboten werden müsse. Jedoch irren die Herren, wenn sie verneinen, die beträchtliche Zunahme der wirtschaftlichen Kämpfe zur Verdächtigung der Gewerkschaften ausbeuten zu können. Bei näherer Betrachtung der Sache ergibt sich nämlich, daß, wenn schon Gesetze in gedachtem Sinne geschaffen werden sollen, diese sich gegen die Unternehmer, nicht aber gegen die Arbeiterschaft zu richten hätten. Auch im vorliegenden Jahre wurden mehr als die Hälfte, nämlich 679 = 53 Prozent aller Kämpfe zur Abwehr gegen Maßnahmen und Drangsalierungen seitens des Unternehmertums von der Arbeiterschaft geführt. Im Jahre 1902 waren 66,4 und 1901 60,0 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1903 50,3 Prozent aller Kämpfe Abwehrkämpfe. Des weiteren läßt sich das Unternehmertum in den letzten Jahren besonders in der Aussperrungstaktik. In den letzten 4 Jahren waren nicht weniger als 219 Aussperrungen mit 75,644 Beteiligten, von denen 51,961 einen Verlust an Arbeitszeit

von 1,937,108 Tagen und einen Verlust an Arbeitsverdienst von 4,833,760 Mk. hatten, zu verzeichnen. Für die Jahre vor 1900 lassen sich so detaillierte Angaben nicht machen, weil bis zu diesem Jahre die Statistik nur summarisch geführt und die Einzelheiten nicht angegeben wurden. Auch in den letzten Jahren ist die Angabe über den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst noch nicht vollständig. Die vorliegenden Zahlen sind aber völlig ausreichend, um zu erweisen, daß den Unternehmern der größere Teil der Schuld bei den Schäden, die unmittelbar durch die wirtschaftlichen Kämpfe der Volkswirtschaft zugefügt werden, beizumessen ist. Wenn dem aber nicht so wäre, wenn in allen diesen Kämpfen die Arbeiterschaft der angreifende Teil gewesen wäre, so läge noch lange kein Grund vor, über die unmittelbar hervor tretenden Nachteile zu klagen, oder gar durch Gesetzesmaßnahmen die Arbeiterschaft zwingen zu wollen, von ihrem Bestreben zu lassen, denn der Vorteil, der aus diesen Kämpfen für die Gesamtwohlfahrt des Volkes sich ergibt, ist größer als der Nachteil, der durch Ruhenslassen der Betriebstätigkeit in einzelnen Gewerben entsteht. Für vernünftig denkende Menschen gilt nach wie vor das, was der Kommissar des Arbeitsamts des Staates Newyork in seinem Jahresbericht 1888 sagte: „Streiks haben geholfen die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Lage nicht einzelner Arbeiter, sondern der Menschen überhaupt zu bessern.“ Wir sehen in den Streiks durchaus keinen Nachteil, sondern betrachten sie als einen bedeutsamen Faktor für den Fortschritt der Menschheit. Die Gewerkschaften suchen trotzdem aber keine Streiks herbeizuführen, sondern sie nach Kräften zu vermeiden, sofern sie ihren Zweck in irgend einer andern Weise erreichen können. Und sie erreichen ihren Zweck wohl noch mehr durch die Lohnbewegungen, die nicht zu einer Arbeitseinstellung führen, als durch die Streiks.

Die gesamten 1903 geführten 1282 wirtschaftlichen Kämpfe mit 121,593 Beteiligten, worunter 12,710 Arbeiterinnen sich befanden, verursachten den Gewerkschaften eine Ausgabe von 5,080,984 Mark.

88,964 Streikende resp. Aussperrte, für die in der Statistik der Verlust an Arbeitstagen angegeben ist, hatten einen Verlust an Arbeitstagen von 2,622,232 und an Arbeitsverdienst von 7,675,937 Mk. Für 1259 Streiks und Aussperrungen war das Resultat am Schluß des Jahres bekannt. Von diesen waren 623 = 49,4 Prozent erfolgreich, 239 = 19,0 Prozent teilweise erfolgreich, und 397 = 28,5 Prozent erfolglos. Im Jahre 1902 waren von den 802 Streiks und Aussperrungen, deren Ausgang bekannt war, 43,6 Prozent erfolgreich, 19,5 Prozent teilweise erfolgreich und 36,9 Prozent erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe war mithin im Jahre 1903 günstiger als im Vorjahre und auch günstiger wie im Durchschnitt der Jahre 1893-1902. In diesem Zeitraum waren 47,2 Prozent der Streiks erfolgreich. 21 Streiks waren am 1. Januar 1904 nicht beendet.

Auf die einzelnen Berufe verteilt, ergibt sich, daß den größten Prozentfug erfolgreicher Streiks die Gruppe Bau-

gewerbe mit 54,4, dann die Holzindustrie mit 53,8 und die Metallindustrie mit 47,7 Prozent aufweisen.

In stetig wachsendem Maße greift das Unternehmertum zu dem brutalen Mittel der Aussperrungen, um damit die Gewerkschaften niederzuwerfen. Das Mittel hat sich bisher als ungeeignet erwiesen und es wird in Zukunft genau so sein. Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemeinschädliche Treiben der Unternehmer-Organisation geboten wird, darf nicht unbenutzt vergraben bleiben und deswegen erscheint es geboten, die Aussperrungen besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Aussperrungen in der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind.

Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 52 Aussperrungen, wovon 4 Mai-Aussperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45,763 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32,036 Aussperrte 1,512,771 Tage. Aussperrt wurden auch 7925 Arbeiterinnen, auf die 580,040 Tage Arbeitszeitverlust entfielen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1,798,801 Mark, wovon die Ausgabe für Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 18 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Festern des 1. Mai, ausgesperrt. Man kann sich denken, daß die Unternehmer das Mittel der Aussperrung nur anwenden, wenn sie glauben, ihres Erfolges sicher zu sein. Darin können sie sich aber täuschen, wie der Ausgang der Aussperrungen, von denen immerhin die meisten erfolgreich für die Arbeiter verliefen, beweist.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5,080,984 Mk. Davon kamen 4,511,621 Mark = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131,559 Mark durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61,471 Mark durch Beiträge anderer Gewerkschaften, 336,799 Mark durch Sammlungen und 40,348 Mark vom Auslande. In den Jahren 1890-1903 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24,173,064 Mark, wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387,834 Mark an Unterstützungen gesandt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtslos denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmer-Organisationen gewachsen sein wird. G. Legien.

Vox populi.

Roman von Konrad Telmann.

41] „Na, das sag ich ja: Damen! Damen! Die halten ihn für'n schönen Kerl, mit seinen faszinierenden Augen. Die fihelt's, den Arzt mit Exzellenz Bomsdorf gemeinsam zu haben, — eine Tagesberühmtheit, eine Reklameart, einen Wunderdoktor aus der Fremde. Und nun gar seine Vergangenheit! Man weiß nichts Bestimmtes darüber, — aber man munkelt so allerlei — was Fantastisches, etwas, — das mit Frauenzimmer in Verbindung steht. — Das reizt gerade, dies Geheimnisvolle, das macht ihn erst interessant für die Weiber, diesen Allerweltstier. Und der Herr Major von Niede stimmt aus vollen Baden in den frauenzimmerlichen Jubelhymnen mit ein. Daß Gott erbarnt!“

„Mein Herr von Dehn“ — der Major zitterte jetzt vor Aufregung, sein Schnurrbart sträubte sich in die Höhe, das Kinn hing ihm herab — „ich muß Ihnen sagen — Wenn Sie, wie ich, sich von einem langjährigem Gallenstein, das Sie zwanzigmal dem Grabe nahe gebracht, befreit fühlten, — durch diesen Mann —“

„Ah!“

Sämtliche Herren im „Handtuch“ waren fassungslos. Der Major war selbst Patient Doktor Wollner's! In heimtückischer Weise, ohne einem anderen etwas zu verraten, war er hingegangen, um sich von diesem Wunderdoktor behandeln zu lassen. Er hatte sich gekümmert, — ganz natürlich. Wenn er sich nicht so furchtbar gedrückt hätte, würde er auch jetzt mit seinem Eingeständnis sicherlich nicht herausgeplatzt sein. Aber sie hatten ihm gar zu hart angesetzt, ihn gar zu sehr in die Enge getrieben.

Und nun kam's heraus. Ein Kreuzfeuer von Fragen, Andeutungen, Spottworten entlud sich über den Major. Aber er ergab sich nicht. Jeder von den Herren hätte's ebenso gemacht, blieb seine freigelegte Behauptung, jeder ohne Ausnahme, und wenn einer jetzt in die gleiche Lage käme, wie er, machte er's noch immer so, — jede Wette darauf wollte er eingehen. Wenn man von keinem geleiteten Arzt geheilt würde, ließe man sich über von einem Schächer heilen, voranzufahren, daß der's verstände. Und manchmal verstand er's ja. Warum nun etwa nicht von einem Arzt, dessen Vergangenheit dunkle Punkte aufwies? Was hätte das mit seinem ärztlichen Können zu tun? Als Menschen wollte er ihn ja gar nicht ans Herz drücken, aber als Arzt sei ihm jeder recht, der ihm helfe, selbst ein Fachhändler. Und übrigens handle es sich nicht im entferntesten um ein Wundermittel, sondern um ein ernstes, wissenschaftliches Heilverfahren nach neuer, diktatorischer Methode, — eine geradezu geniale Sache, in ihrer Einfachheit und Folgerichtigkeit absolut

unsehbar; und unbegreiflich, daß nicht andere schon vorher darauf verfallen.

„Ja, was kein Verstand der Verständigen sieht.“ — spottete Friedenthal.

Aber Herr von Dehn wollte auch hier die Dinge wieder besser wissen. Eine neue Erwähnung, jawohl! rief er. Das lassen sich die alten Jungfern einreden, — ich nicht. Es ist ja längst konstatiert, daß dies ganze Heilverfahren schon in einem Lehrbuch steht, das vor manig Jahren die Studenten im dritten Semester in die Hand bekam und das seither längst überholt ist.“

Der Major versicherte hierauf nochmals, daß Herr von Dehn ein Sozialdemokrat sei, mit dem man über die Sache weiter nicht reden könne. Uebrigens standen allmählich so ziemlich alle Herren im „Handtuch“ auf seiner Seite.

Wie am Stammtisch im „Handtuch“, lautete das Urteil über Leo Wollner ungefähr überall unter den Menschen, welche die Räume der Kisefeld'schen Wohnung erfüllten. Und sie unterhielten sich alle über ihn, — trotz des ungarischen Geigenvirtuosen, trotz der biden, ehemaligen Primadonna der Hofoper, die hier die in ihrem Zeit allmählich erfindenden Reste einer ehemals weltberühmten Stimme heute zum besten gab, und trotzdem man zum ersten Male hier den eben durch einen von der Polizei konfiszierter Roman berühmt gewordenen, naturalistischen Schriftsteller sah, den sich jeder natürlich wieder „ganz anders vorgestellt“ hatte.

Leo Wollner stand im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Man sah gespannt dem Augenblick entgegen, wo er selber erscheinen würde, der Mann, von dem seit acht Tagen alle Zeitungen sprachen, der Arzt des „Ministers“. Daß er kommen würde, wußte man durch eine diskrete Andeutung des allwissenden Alfred Bögen, seines „Freundes“, die von Mund zu Mund gegangen war. Natürlich mußte man sich gebildet, seine Zeit war in Anspruch genommen, selbst bis tief in die Nacht hinein.

Alle mußten, daß Leo Wollner „eine Vergangenheit habe.“ Bestimmtes hatte keiner erfahren oder die es erfahren hatten, zu einer Zeit, als er noch nicht „berühmt“ gewesen, hatten sich nicht dafür interessiert und es wieder vergessen. Man munkelte jetzt nur allerlei durcheinander, und je unbestimmter die Dinge lauteten, desto mehr reizten und fesselten sie.

Dieser Nimbus hatte Leo Wollner nur gerade noch gefehlt. Es war das Geheimnisvolle, das ihn umgab und bei ihm anlag. Man wußte überdies so viel, daß es jedenfalls mit Frauenzimmergeschichten zusammenhing, was er getan hatte — ein Grund mehr, den Mann interessant zu finden. Sollte ja sogar „gelesen“ haben. Daraus einer Duellwunde wahrscheinlich. Oder es hatte sonst einen Grund gegeben, weshalb er irgend einen Paragraphen des Strafgesetzbuchs hatte übertreten müssen, — einen von jenen Gründen, wo die Uebertretung ehrenvoller ist, als das Verbrechen. Und dann hatte er seine Strafe auf sich genommen, hatte der Heimat den Rücken gekehrt und

war in Paris zum großen Arzt geworden, um sich nun — edelmütig genug — an der Heimat dadurch zu rebauchieren, daß er ihr alle seine Kräfte weichte und ihr den Mann erhielt, der für ihre staatliche Entwicklung von unabweisbarer Bedeutung war. Es erschien wirklich alles wie ein Wunder.

Uebrigens — darin war man sich einig: selbst wenn da in Leo Wollner's Vergangenheit etwas sein sollte, was nicht ganz ehrenvoll und makellos war, man durfte ihm deshalb doch keine Steine in den Weg legen; er hatte der Gesamtheit einen unschätzbaren Dienst geleistet, die ihm jede Judenmütze aufsetzte, und man brachte ihn. Der „Arzt des Ministers“ war so ipso eine Persönlichkeit, vor der man Respekt haben mußte.

Die Stimmung für Leo Wollner war durchgehend eine so günstige, daß der Leutnant Unger, der seinerzeit dem Major von Niede ebenfalls aus eigener Kenntnis der Dinge einige Details über Leo Wollner's Vorleben und die Gründe seiner Ausflichtung aus dem Breslauer Universitäts-Körpers gegeben hatte, heute auf mehrfach an ihn gerichtete Anfragen gütigst erwiderte, er bedauere, selbst nichts Näheres mehr zu wissen; die Sache sei doch schon so lange her, um sich ihrer noch genau erinnern zu können; es würde ihm leichtsinnig erscheinen, wenn er jetzt davon reden wollte, da man dadurch, ohne Wissen und Willen, einem Manne zu nahe treten könnte, der doch längst gezeigt hätte, daß er der Fröhere nicht mehr sei; jedes Wort müsse da genau auf die Goldwaage gelegt werden, und so weit reiche sein Gedächtnis nicht mehr zurück. Es war nicht mehr aus ihm herauszubringen. „Ich werde mir doch diesem Menschen gegenüber nicht den Mund verbräunen“, räumte er einem Kameraden zu, der ihn anhielt und sein Verhalten ununterbrochen fand, „ich bin ja gar nicht sicher, daß der nicht noch mal selber Reichsangler wird. Bei der Karriere, die er macht! Ich bin heillos unvorsichtig gewesen, damals was verstanden zu lassen. Wenn der Mensch das erfährt, kann er mich unglücklich machen. Aber wer hat denn das auch ahnen können!“

Selbst daß Leo Wollner ein Jude sei, wurde jetzt ebenso entschieden und allgemein bestritten, wie es früher behauptet worden war. Man wollte ganz bestimmt wissen, daß es tatsächlich war, er stammte ja auch aus einer erzkatholischen, halb polnischen Gegend. Möglich, daß er ursprünglich jüdischer Herkunft war. Aber das war ja dann jedenfalls nicht seine Schuld. Wenn ihm sich nicht heute irgend eine Beziehung zum vaterlandshosen Stamme nachweisen! Und der Kultusminister, dem man — um Recht oder Unrecht — nachsagte, daß er den Antisemitismus im geheimen predigte, hätte einen Juden sicherlich nicht zum Arzt genommen, auch den geachtetsten nicht.

Und jetzt hieß es ja sogar, daß aus dem Arzt, der ein so wunderbares Rettungswerk vollbracht hatte, ein Danksfreund geworden war. (Fortsetzung folgt.)

Japan und Rußland.

Eine Schlacht ist im Gange

vor Ulaſang, wo die Hauptheerhaufen der beiden Gegner sich gegenüberstehen. Bisher liegen nur Bruchstücke von Nachrichten vor, die wir nachstehend verzeichnen:

Generaladjutant Kuropatkin meldet dem Kaiser unterm 26. August: Am 25. August rückten die Japaner nur gegen die Truppen der früheren Division vor. Die Streitkräfte der Japaner betragen dort zwei Divisionen Infanterie mit zahlreichen Artillerie. Beide Gegner verbrachten die Nacht auf Kampfstellungen, die drei bis fünf Werst von einander entfernt waren. Unsere gestern erlittenen Verluste betragen etwa 100 Mann an Toten und Verwundeten. Die Nacht verlief, abgesehen von kleinen Scharrschüssen, ruhig. Heute begannen die Japaner mit Tagesanbruch auf der ganzen Front vorzurücken.

General Sacharow meldet dem Generalstab unterm 26. August: Der Feind rückte auf der ganzen Front der Mandchurenarmee vor. Die Japaner besetzten am frühen Morgen auf ihrem linken Flügel Gentschjan, westlich von der Eisenbahn, 15 Werst nördlich von Paitschang, sowie Tolantschimi und Gansuanpu, nachdem sie die äußeren Vorposten von dort verdrängt hatten. Gegen Mittag stellte der Feind auf dieser Linie den Vormarsch ein. Gegen die Abteilungen unserer Vorhut, die sich vor dem linken Flügel in Stellung bei Antschantschan befanden, verringerte der Feind vor Tagesanbruch etwa 1/2 Divisionen und Artillerie. Vor dieser Streitmacht zogen sich unsere Vorhutabteilungen auf die Hauptstellung zurück.

Nach Londoner Blättern wird aus Rußschwang gemeldet:

30 Kilometer von Kiaojang soll eine große Schlacht im Gange sein. Die Japaner rücken angeblich in einer Front von zwanzig Kilometern vor und sollen zuerst die russischen Vorposten aus Mandchurien verdrängt und später die russische Hauptmacht angegriffen haben, was mit einem vollen Erfolg überreife. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Tokio versuchte General Kuropatkin, die Schlacht abzubrechen. Er gibt seinen linken Flügel in nordwestlicher Richtung hinter Kiaojang zurück. General Karol verlor eine Teil jenseits die russische Stellung zu stehen und die russische Artillerie abzuschleppen und festhalten.

Die Entscheidungsschlacht.

General Sacharow meldet weiter: Der Vormarsch des Gegners war nicht besonders energisch. Unsere Verluste bei der Südfont betragen etwa 160 Mann. In südlicher Richtung begann um 5 1/2 Uhr früh eine Kanonade. Gegen 7 Uhr früh begann auf der ganzen Südfont Gewehrfeuer, und japanische Infanterie rückte gegen den rechten Flügel unserer Stellung vor; hierbei wurden gegen sieben Uhr zwei japanische Bataillone zurückgeworfen. Um elf Uhr Vormittags wurden 24 japanische Geschütze bei Tantschun, acht Werst südwestlich von Mandchuan, durch das Feuer unserer Batterien zum Schwanken gebracht. Die Reiterabteilungen und die Reiter liefen auseinander. Die Versuche der Japaner, die Geschütze unter unserem Feuer wegzuschaffen, waren vergeblich. Um 1 Uhr Mittags beschleunigte der Feind den Vormarsch gegen Kojing, sechs Werst westlich von Mandchuan, und man bemerkte bedeutende feindliche Streitkräfte in der Umgebung von Lantian, 14 Werst südwestlich von Mandchuan. Alle Angriffe der Japaner wurden zurückgeschlagen. Unsere Truppen gingen zum Angriff über und drängten die Japaner nach dem Tale des Nafigon zurück. Unsere Verluste betragen etwa 300 Mann.

In südlicher Richtung begannen die Japaner mit Tagesanbruch auf der ganzen Front vorzurücken. Auf unserer rechten Flügel zogen sich unsere Truppen von den vordersten Stellungen, auf denen wegen des Geländes die Aktion der Artillerie beherrschend wurde, auf die Hauptstellung zurück. Der Kampf im Osten war schwer. Es kam zu Bajonettkämpfen. Unsere Verluste betragen gegen 1000 Mann. Weitere Berichte über den Verlauf und die Einzelheiten der Schlacht sind noch nicht eingegangen. — Seit Mittag regnet es in Kiaojang und Umgebung recht stark. Die Flüsse steigen.

Dieser Schlachtenbericht ist wieder in sehr russischer Manier gehalten und ganz unübersichtlich. Ueber den Ausgang der Schlacht, die ja nach dem summarischen Bericht Kuropatkins mit dem Rückzuge der Russen geendet hat, wird vorläufiger nichts gemeldet. Zugegeben wird nur, daß die Russen 1500 Mann an Toten und Verwundeten verloren haben.

Der angebliche Verlust der 24 japanischen Geschütze bedarf jedenfalls erst der Bestätigung!

Vor Port Arthur.

Der „Evening Standard“ meldet aus Tientsin vom 27. August: Nach einer anderen, jedoch glaubwürdigen Nachricht sollen die Japaner auch die Inselharfords in Port Arthur eingebracht sein. Der Fall der Festung soll somit befristet sein. Die Japaner haben jedoch irgend etwas Offizielles bekannt zu geben, bevor der Kampf vollständig entschieden ist.

Die japanische Seemacht hat bisher eine Bestätigung der Meldung des „Evening Standard“ nicht erhalten.

Ein französischer Dampfer, der von Port Arthur kam, wurde von einem japanischen Kreuzer gefangen und mit seiner Ladung nach Soko gebracht.

Japan heischt die Früchte ein.

Der „Standard“ meldet aus Tokio vom 25. August, der Kaiser von Korea habe die ihm am 12. August vom japanischen Gesandten unterbreiteten Reformvorschlüge angenommen, darunter die Annahme der japanischen Münze, Reorganisation der koreanischen Armee auf eine leistungsfähige Leibwache von 1000 Mann, Abberufung aller koreanischen Gesandten und Konsuln und Vertretung der koreanischen Interessen im Auslande durch die japanischen diplomatischen Vertreter.

Die Bildung einer zweiten russischen Armee in Ostasien ist schon vor einigen Wochen angekündigt worden mit dem Bemerkens, daß ihr Hauptquartier als Operationsbasis dienen soll. Allerdings wird nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Petersburg die Bildung einer großen zweiten russischen Armee mit Port Arthur in Verbindung gebracht. Unter dem Eindruck der großen Gefahr, in der Port Arthur schwebt, scheint sie beschlossen zu sein. Danach würde es sich also um eine Entsatzarmee für

Port Arthur handeln. Als ihre Führer werden der General Baron Rautbars und General Stuchomlinow genannt. Sie soll bei Muiden versammelt werden und aus drei bis vier Armeekorps bestehen. Ferner sollen eine schwere Artillerie des Feldheeres aufgestellt und eine umfangreiche Vermehrung der Gebirgsartillerie bereits befohlen sein. Der Zar soll neuerdings erklärt haben, es sei sein fester Entschluß, und er werde alles daran setzen, daß der russisch-japanische Krieg nicht anders als mit einem völligen Siege der russischen Waffen beendet werde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ueber eine fremdenfeindliche Bewegung in China wird dem „Standard“ aus Tientsin gemeldet: Im Bezirk Tsinan sind wieder Maueranschläge angesetzt mit den Worten: „Tod den fremden Truppen vom siebenten Monat an!“ Die christlichen Chinesen fliehen.

Die japanischen Verluste vor Port Arthur. Man schreibt aus London: Der „Daily Telegraph“ gibt eine überraschende Auskunft über die wiederholt von Port Arthur eingelaufenen Meldungen, nach denen immer 10,000 Japaner im Sturmangriff gefallen sein sollten. Es handelt sich bei diesen Meldungen um die Anklage des chinesischen Wortes „onan“, das in der Sprache des himmlischen Reiches allerdings 10,000 bedeutet, aber in der gewöhnlichen alltäglichen Sprache einfach eine große Zahl bedeutet, die man genauer angeben nicht in der Lage ist. Wenn nun die Chinesen-Meldungen aus Tschifu oder Tientsin immer von gerade 10,000 gefallenen Japanern sprachen, so rührt dies einfach daher, daß gemeldet wurde, „onan“ Soldaten wären gefallen. Das bedeutet nun niemals 10,000 Tote, sondern nur eine beträchtliche Anzahl. Tote. Das ist freilich etwas anderes!

Politische Hebersicht.

Fernerforscher in Mannheim. Aus Mannheim schreibt man dem „Vorwärts“ vom 26. August: In einer glänzend verlaufenen, von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung sprach heute Abend im großen Nibelungenaal des „Rosengarten“ unser österreichischer Genosse und Reichsrats-Abg. Fernerforscher über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Oesterreich. In lebendiger, echt volkstümlicher Darstellung gab er ein anschauliches Bild der komplizierten, so ängstlich schwer verständlichen politischen und nationalen Zustände unserer östlichen Nachbarnation, insbesondere der österreichischen Sozialdemokratie. Fernerforscher schloß seine etwa zweistündigen Ausführungen mit einem erfolgreichen Ausblick in die Zukunft der sozialistischen Arbeiterbewegung, die der einzige Lichtblick sei im Dunkel der österreichischen Wirrnisse und der dortigen traurigen politischen Verhältnisse.

Nach Fernerforscher ergriff der Reichstags-Abgeordnete Mannheim, August Dreesebach, das Wort. Anknüpfend an die Schilderung des Referenten von der österreichischen Polizei, weist Dreesebach auf die Wasserleitung P.'s in Frankfurt a. M. und Offenbach hin. Der Fernerforscher hat gehört, der Feind die völlige Grundlosigkeit dieser Polizeimaßregel anzuweisen. Auch wir in Baden hatten das Gefühl, daß etwas Ähnliches bei uns geschehen werde; es sei anzunehmen, daß man sich darin täuschte und daß man den langjährigsten Vertreter des Deutschthums im Osten reden ließ.

Aber nicht bloß am Fernerforscher zu hören, sondern auch um gegen die preussisch-deutsche Polizeimacht einen klammernden Protest einzulegen, ist die heutige Versammlung zusammengekommen. Der äußerst zahlreiche Beifall zeigt, daß breite Massen es als ihre heilige Pflicht betrachten, die bürgerliche Volkswirtschaft, in erster Linie das Recht der freien Versammlung, mit aller Energie zu schützen. Eine Schwachheit für das deutsche Zentrum, die „Sozial“-Partei für „Freiheit und Recht“, ist es, daß es gerade keine Presse war, die in Hessen nach dem Frankfurter Verbot, als die Offenbacher Versammlung einberufen wurde, am meisten und tatkräftigst auch mit Erfolg gegen Fernerforscher Jahar machte. Mit einem Hinweis auf den nahe bevorstehenden 40jährigen Geburtstag an den Tod Laſalles schloß Dreesebach.

Hiermit brachte Redakteur Oskar Ged eine Resolution ein, in der dem Referenten der Dank ausgesprochen und die Polizeimaßregeln von Frankfurt und Offenbach als Verwahrlosungen bezeichnet, die Unmöglichkeit des Bürgerthums gegen denartige Maßnahmen anzuweisen und die Sozialdemokratie als einzige Stütze im Kampf gegen die Reaktion bezeichnet wird.

Als Ged mit der Vertiefung am letzten Satz angelangt war, unterbrach ihn der überwachende Beamte und ließ die Versammlung unter Verweisung auf das Versammlungslokal ausf. Der Vorsitzende Dreesebach konnte eben noch zur Abstimmung auffordern, die unter entzweiungsthem Beifall die einstimmige Annahme der Resolution ergab, dann ging die lauthörigste Versammlung unter jüdischen Rundschreibungen für den Referenten und unter Abjungen der Parteimitglieder auseinander.

Sind nur die Arbeiter „begehrlich“? Wenn ein Arbeiter-Kongress seinen Delegierten pro Tag etwa 7 bis 10 Mk. Dikien bewilligt, entrichtet sich die bürgerliche Presse über diese Verschwendung der Arbeitergroßen, obwohl in diesen Beträgen meist die Entschädigung für entgangenen Lohnverlust einbezogen ist. Der Innungspräsident der Halle'schen Handwerkskammer hat am Montag beschlossen, zum Handwerkerkongress nach Magdeburg vier Delegierte zu entsenden, und zwar die Herren Garner, Grede, Kammert und Janber. Die Dikien hat man pro Mann und Tag auf 30 Mk. festgesetzt. Wird die bürgerliche Presse jetzt von der Vergewaltigung der Handwerkerkongresse reden?

„Eine sozialdemokratische Schwalbe“. Auf dem Regensburger Katholikentage erzählte Schäbler folgende kleine Episode:

Im vorigen Jahr hat der Herrschende Dr. Reich in Köln gesagt: Die Sozialdemokratie gründe sich auf die Arbeiter, wo aber habe sie die Arbeiter nicht gewonnen, wie die katholische Kirche. Dieser Redner hat jetzt ein Nachwort gesagt. Dem Präsidenten ist ein Schreiben des hiesigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Heine, der sich als Katholik bezeichnet (Hr. Reich), zugegangen. Der Herr Reich hat seine Antwort: Ich wurde 1881 als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gewählt und gewählte, zum Dank dafür erwiderte ich 1882 in Parlament den Familienbesuch für Reichstagsabg., dem ich noch heute verbleibe. Dann rief der Herr Reich Heine an, was der Herr Reich geantwortet hat. Ganz schön, wenn der Herr Reich Heine diese Sozialdemokratische Schwalbe hat, aber eine sozialdemokratische Schwalbe macht noch keinen Sommer. Es wird sich ja zu verstehen, wenn die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten den Reichstag nicht verlassen haben, aber der Herr Reich hat jetzt sich in Gegenwart der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten „Vorwärts“, so rufen sie den Reichstag an und bitten um die große Reichstagsabg., das Parlament ist ein der Reichstagsabgeordneten Reichstagsabg. ist. Dieser Herr Reich ist es, der Herr Reich hat die Reichstagsabgeordneten: Sehr hat die Reichstagsabg., was er werden

Vorbereitung erlangen. Verheißung gewiß! Aber nicht allein, sondern daneben auch Charitas!

Charitas könnte man mit dem zeitgemäßen Ausdruck „sammelnde Liebestätigkeit“ umschreiben. Trotz der Auforderung des Herrn Schäbler an die „sozialdemokratischen Rentiers und Millionäre“ bleibt die Sozialdemokratie als politische Partei dabei, eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, in der kein Mensch auf Almosenbrocken angewiesen ist, die ihm ein „Christ“ aus „Barmherzigkeit“ vor die Füße wirft. Und wir glauben, unser Ziel steht stiller höher, als alle christliche Charitas. Zudem ist Heine nicht der einzige Sozialdemokrat, der seinen bedrängten Mitmenschen in dieser Weise zur Seite sprang. Und weiter, zählt Herr Schäbler die Millionen von Mark gar nicht, die die organisierten Arbeiter mühsam zusammensparen für ihre kranken, arbeitslosen und invaliden Brüder?

Südwestafrikanisches. Der Generalstabchef Oberleutnant Beantien fährt krankheitshalber nach Deutschland zurück, er ist herzleidend.

Der Kaiser hat für die in Südwestafrika Gefallenen oder an einer Krankheit Verstorbenen neuerdings ein Gedenkbuch gestiftet, das den Hinterbliebenen durch das Oberkommando der Schutztruppe sofort nach Bekanntwerden des betreffenden Todesfalles zugestellt wird.

Wie verlautet, ist durch königlichen Erlass vom 19. August angeordnet, in das allgemeine Reichsgesetz bis auf weiteres eine ZArbeit für die deutschen Kämpfer in Südwestafrika einzuschließen.

Die „Siberia“ hat die Verstaatlichung abgelehnt. Die Generalversammlung der „Siberia“-Verkehrs-A.-G. zu Düsseldorf, auf der mehr als zwei Drittel des Aktienkapitals vertreten waren, hat den Antrag auf Verstaatlichung mit 92 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die 19 Stimmen vertraten 26,651,200 Mk., die 92 29,641,400 Mk. Ein Vermittlungsantrag, mit dem Staate weiter zu verhandeln, wurde zurückgezogen.

Die Scheinwisse des Wurkfleischs wurden in einer Versammlung der Berliner Schlächtergesellen erörtert. Dabei wurden Enthüllungen gemacht, die mit den Ermittlungen in dem bekannten Reindendorfer Fleischskandal völlig im Einklang stehen und beweisen, daß jene Vorgänge durchaus keine Ausnahme bilden, sondern daß die Verarbeitung von ungenügend, untauglichem und trübsamem Fleisch namentlich zu Würstchen eine ständige Regel bildet. Darüber, daß Pferdefleisch als Rind- und Schweinefleisch verarbeitet und feilgehalten werde, wolle man nicht viel sagen, meinte ein Redner, denn das sei nicht so schlimm und ja auch „nur“ Betrug. Wenn aber „Fasfleisch“ — das fast immer ohne Stempel sei — zur Verarbeitung käme, dann erkaufte die Gesellen immer ein Grauen. Die Verkäufer solcher Fleisches seien die schlimmsten Verbrecher, es seien Menschenvergifter. In einer Resolution wurde u. a. die Aufhebung der Fleischerwerbverträge verlangt, weil in solchen Ländern der Unsauberkeit und Schweinerei der ganze Vorstoß geleistet würde.

Wie bei den Bäckern, wird auch jetzt im Schlächtergewerbe durch das Vorgehen der Gesellen der größten Mißständen zu Leibe gegangen werden. Die Arbeiterorganisation verdient den größten Dank des gesamten konsumierenden Publikums, wenn sie durch rühmliche Aufdeckung der haarsträubenden Zustände im Gewerbe den verbrecherischen Manipulationen der Meister einen Riegel vorschiebt. Das Publikum wird sicher auch die Schlächtergesellen in ihren berechtigten Bestrebungen zur Herbeiführung erträglicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse im eignen Interesse nach Kräften unterstützen.

Kavallerie-Attaken. Wie aus Altingen gemeldet wird, rief der Kaiser am Donnerstag in der Uniform der Leibgarde-Sularen zu Pferde und begrüßte die versammelten 10 Kavallerie-Regimenter. Sie führten dann in 2 Teilen Angriffe gegeneinander aus. Dann übernahm der Kaiser das Kommando und formierte einen zweimaligen Angriff gegen einen markierten Feind. — Wohl die meisten Militärkritiker halten Kavallerie-Attaken für wertlos.

Ausland.

Ein Todesmarsch. In Nord-Böhmen hat, wie der „Korrespondenz-Blatt“ mittelt, kürzlich wieder einer jener Todesmärsche stattgefunden, von denen die Chroniken aller modernen Militärstaaten in jedem Jahre zu berichten haben. Das Regiment hatte von Grottan über Riemer nach Sommarz-Kostelitz, eine Entfernung von ca. 40 Kilometer unter sehr schwierigen Terrainverhältnissen zu marschieren. Schon unterwegs wurde eine große Zahl der Mannschaften marode. Das Ziel mußte aber erreicht werden und wurde erreicht. Aber unter welchen Opfern! Nicht weniger als 8 Tote und 55 Schwerverrannte wurden gezählt, hauptsächlich Reservisten, Familienmitglieder.

Die neue Regierung in Australien. Der neue liberale Bundes-Ministerpräsident Reid hat an die Wähler des australischen Bundes einen Aufruf gerichtet, in welchem er erklärt, daß das von ihm gebildete Ministerium sich als Vertreter aller gemeinsamen Interessen des Bürgerthums betrachte und deshalb auf Grund einer freundschaftlichen Verständigung mit der konservativen Partei alle trennenden Politikfragen bis nach Beendigung der nächsten Wahlen zurückgestellt habe. Er hoffe daher, mit Unterstützung der Konservativen eine Politik führen zu können, welche den tatsächlichen Bedürfnissen des Landes Rechnung trage und das Vaterland davor bewahre, als Verächter sozialistischer Theorien seiner natürlichen Reichtümer einzubüßen. — Das Organ des zum Austritt geübigen Führers der Arbeiterpartei Watson erwiderte, nach der „Schief. Hg.“, hierauf, daß Herr Reid demnach eine liberale Politik nach dem Gebote der Konservativen führen und die wichtigsten aller Fragen, die Politik, als nicht vorhanden betrachten werde. Eine derartige Mischregierung ohne Programm werde mit völliger Sicherheit dahin führen, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterpartei die tatsächliche Mehrheit im Bundesparlament erlange werde.

Eine Schlägerei im Sultanspalast. Daily Telegraph meldet aus Konstantinopel: Im Palast kam es zwischen Thronfolger und Anaben an einer Schlägerei, wobei Karik Bey, der Abjunkt des Sultans, verwundet wurde. Die Räubführer wurden verhaftet. Die Ursache des Zusammenstoßes ist nicht bekannt.

Der kleine Alexi und die Armee. Dem russischen Regierungshoten wird aus Kiaojang gemeldet: General Kuropatkin erhielt ein Telegramm des Kaisers vom 24. August, worin der Kaiser mittelst, daß er, sowie die Kaiserin während der Laufe des Thronfolgers im Heran an Armee und Flotte die Aufforderung richteten, zu spazieren des Thronfolgers zu sein. Gott möge, fährt das Telegramm fort, während des ganzen Lebens des Thronfolgers das geistige Band zwischen ihm und der Armee vom Ober bis zum Soldaten und Matrosen bewahren.

Die Hoffnung, daß ein Band den Thronfolger nicht nur mit der Armee, sondern auch mit dem russischen Volke verbinden werde, hat der Zar anscheinend nicht.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 29. August 1904.

* Am Grabe Ferdinand Laſalles versammelten sich am gestrigen Morgen bei herrlichem Augustwetter tausende von Breslauer Arbeitern und Arbeiterfrauen, um Zeuge von der Ehrung zu sein, welche die Arbeiterorganisationen unserer Stadt dem großen Toten bereiteten. Eine Blumenpende nach der andern wurde auf dem Grabe befestigt. Rund 30 rüchtige Kränze zählten wir. Die

Schleifen trugen sinnige Widmungen, von denen nur einige der wichtigsten hier wiedergegeben werden können:

Nur wer der Menschheit Güter treu verschon't,
So lang er atmet im Sonnenlang,
Nur er ist würdig, daß ein Blumenzweig
An seinem Angedenken wird geflochten.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Viergig Jahre sind nun dahingeroht,
Seitdem das Herz des großen Mannes traf
Die falsche Kugel, die zu ew'gem Schlaf
Ihn an die kalte Scholle fesseln sollt'.

Der Feib des Meisters ruht jetzt hier am dunkeln Ort,
Jedoch sein heller Geist lebt fort und fort!
Gewidmet von den
Sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Breslaus.
Was Du säest, mach' voll sehn wir's sprießen,
Was Du erdumt, ist der Erfüllung nah!
Gewerkschaftsartell Breslau.

Drum, ob auch jetzt der Sturm noch dräut,
Harret der künftigen Stunde,
Drücker, in Kraft und Einigkeit,
Schließt Euch zum dauernden Bunde!
Stark, wie der Fels der braunenden Flut,
Trotzet dem stürmenden Leben,
Und der Freiheit heil'ge Blut
Soll uns begeistert umschweben!

Schlesischer Arbeiter-Sängerbund.

Du warst uns Vorbild, wir streben nach!
Vom Reichstagswahlkreis Breslau-Land.

Drum mögt Ihr uns verfolgen,
Durchbrechen uns're Keib'n,
Wo hundert vor uns fallen,
Da treten tausend ein.
Und könnt Ihr nicht bezwingen,
Weil wir die Zukunft find,
Nur jene, der wir dienen,
Ist's, die den Sieg gewinnt.

Von der Arbeiterkraft in Parteilich-Kreisen.

Macht ist Wissen, Wissen ist Macht.
Gewidmet von den Genossen in Dorf Grabischen.

Wir denken Deiner, kühner Volkstribun,
Nicht um dein Kränzebinden auszuruhn,
Nicht um dein Ich anbetend zu verächteln
Und Deinen Ruhm ins Schmelzfeuer zu werfen,
Nicht sollst du feien, — prahlend mißger Trost —
Wir denken k ä m p f e n d Deiner, Kampfgenos!
Metallarbeiter-Verband (Verwaltung Breslau).

Nicht fürchten wir den Feind,
Nicht die Gefahren all.

Von den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
(Zahlstelle Breslau).

Nach Deinem Vorbild stets zu kämpfen,
Sei Pflicht für uns zu jeder Zeit!

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.
Dem ersten kühnen Rebellen

die Breslauer „waterlandslosen Gesellen“.

Verband der Schiffszimmerer.

Am 40. Gedenktag unseres großen Toten.
Gewidmet von den organisierten Dachbedern.

Alle Räder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will

Von den organisierten Porzellan- und Steingutarbeitern.

Das Werk, das Du Dir erschuffst,
Wird nimmermehr vergehn.

Wir steigen aufwärts
Zu des Lebens lichten Höhe!

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehtilfinnen.

Dem Edlen, der uns Geisteswaffen gab,
Ein unanschätliches Gedenken.

Verband der Steinsetzer und Bernfsgenossen.

Dein starkes Hosen sei getrost,
Ob auch der Nachsturm uns wild noch umstost,

Es muß doch Morgen werden,
Nach dem wir rufen aus Not und Schmach,
Es naht im Frührot der junge Tag,
Der Freiheit morgen der Erde!

Von den zielbewußten Genossen der Bresl. A.-Ges. für
Eisenbahn-Wagenbau, Abt. II.

Lebend warst Du uns gestorben,
Doch gefordert wirst Du leben,
Deine kühne Kampfersele
Wird um unsere Fahnen schweben.

Von den Schlossern, Drehern und Maschinenarbeitern
der Waggonfabrik Hoffmann.

So ruhe denn, geliebt, beweint, geachtet,
Von vielen Tausend, die Dich nie gesehn.

Arbeiter-Nachfahrer-Verein.

Frohes Lied, freies Wort,
Unsere Freunde, unser Fort!

R.-G.-S. „Vorwärts“.

Außerdem sahen wir Kränze mit einfacheren Widmungen von den organisierten

- Danzhilarbeitern,
- Holzarbeitern der Firma Puhl,
- Hutmachern,
- Lithographen und Steindruckern,
- Karrern,
- Steinarbeitern,
- Stundateuren,
- Tabalarbeitern und -Arbeiterinnen,
- Töpfern,
- Zimmerern und den
- Gestellschlossern der Waggonfabrik Gebrüder Hoffmann.

Selbstverständlich war das übliche Polizeiaufgebot zur Stelle. Ein Kommissarius, ein Wachtmeister und eine Reihe von Schutzeuten sorgten für die Aufrechterhaltung der „Ordnung“, gegen die freventlich zu demonstrieren die Notwendigkeit erdriesteten.

Am Abend des Sonntags fand die Polizei, daß eine der Schleifen staatsgefährlichen Inhalt trage. Deswegen mußte ein Kommissarius die Schleife entfernen. Es handelte sich um den Kranz der Schiffszimmerer, der die Widmung trug:

Dem ersten kühnen Rebellen
Die Breslauer „waterlandslosen Gesellen“.

Da die Schleife jetzt entfernt ist, so besteht wahrscheinlich keine Gefahr mehr für den Fortbestand des deutschen Reiches. Am Nachmittag fand im Gewerkschaftshause ein Volksfest statt, das in allen seinen Teilen einen guten Verlauf nahm. Fast dreitausend Personen nahmen an dem Feste teil. Die Theaterkapelle unter Leitung des Herrn Rüstler führte die Konzert-Piecen mit großer Präzision aus. Im Verlaufe des Abends brachte die Konzertfängerin, Fräulein Rose Böning, einige Lieder zu Gehör, die fürmischen Weisfall ernteten. Fräulein Böning, die schon im Vorjahre die Laffalleier verschönte, zeigte, daß ihre Kunst auch im verflohenen Jahre wieder Fortschritte gemacht hat. Leider herrschte im Saale nicht

mehr die erforderliche Ruhe, so daß manche Feinheit der vorzüglichen Darbietungen verloren ging. Auch die Begleitung auf dem Neumann-Flügel litt unter der Unruhe, die infolge der vorgerückten Stunde eingetreten war. Alles in allem war der Verlauf der Fete ein sehr guter.

Unterlassen wollen wir nicht, auf die am Mittwoch Abend stattfindende Versammlung hinzuweisen, in welcher Genosse Eduard Bernstein über Lassalles Wirken sprechen wird.

* Eine Bezirkskonferenz der organisierten Bildhauer Schlesiens fand am gestrigen Sonntag im Gewerkschaftshause statt. Vertreten waren Breslau durch 4 Delegierte, Bunzlau, Freiburg, Görlitz, Rattowitz und Liegnitz durch je einen Delegierten. Außerdem nahm der Obmann der Agitationskommission des Bezirkes, A. Loe-Breslau, an der Konferenz teil. Den Bericht der Bezirkskommission erstattete Langner-Breslau.

Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes wurde bemängelt, daß in den letzten Jahren pro Mitglied und Jahr nur 29 Pf. für Agitation ausgegeben worden sei. Wenn hiervon auch lediglich der wirtschaftliche Niedergang die Ursache bilde, so sei doch die Forderung, mehr für die Agitation zu tun, eine berechtigte gewesen und sollen den hierfür geschaffenen Bezirkskommissionen entsprechende Aufgaben zugewiesen werden. Die Bemühungen der Breslauer Kommission, in Ober-schlesien Zahlstellen zu errichten, haben leider nicht den entsprechenden Erfolg gehabt, doch ist in Rattowitz die Gründung einer Zahlstelle gelungen. Die einzelnen Zahlstellen sind aufgefordert worden, eine energische Agitation durch Werkstatt- und Branche-Versammlungen zu betreiben. Kollege Schramm-Breslau hat eine Agitationsstour nach Liegnitz und Freiburg ausgeführt. In Delitz wurde durch eine Lohnbewegung eine 10stündige Arbeitszeit, 18 Pf. Minimallohn und Vereinfachung des Kost- und Logiswesens beim Meister erreicht. In Breslau wurden Forderungen der Gehilfen in der Modellbranche in Gütle, in der Steinbranche durch einen halbtägigen und in der Holzbranche durch einen dreiwöchentlichen Streik in der Hauptkategorie durchgesetzt. Die Filiale Langenbühl hat sich gewigert, dem Gesuchen auf Vermeidung der Konferenz nachzukommen, was zu tadeln sei. Das gleiche gelte auch bezüglich der in verschiedenen Filialen üblichen Vermeidung der Agitationskommissionen in der Verantwortung von Schreiben der Bezirkskommission.

Es wird beschlossen, daß in Zukunft die Korrespondenz durch die Ortsverwaltungen zu erledigen ist. Das Verhalten der Filiale Langenbühl wird einstimmig verurteilt. Die Tätigkeit der Bezirkskommission findet Anerkennung. Aus der Provinz wird allgemein über Schwierigkeiten in der Agitation berichtet. Linke-Görlitz berichtet, daß dort alle Aemter in einer Person vereinigt seien, da sich die einzelnen Kollegen nicht dazu herbeilassen, Funktionen in der Zahlstelle zu übernehmen.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung referiert Arbeitersekretär Neukirch-Breslau über den Wert von Tarifvereinbarungen.

Unser Kampf sei auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtet und werden zu diesem Zwecke in Deutschland allein alljährlich 800 bis 900 Streiks geführt, in den meisten Fällen gehen aber die Erfolge nach kurzer Zeit wieder verloren, da die Vereinbarungen nicht in einer bestimmten Form getroffen werden. Das erste und wichtigste sei die Festsetzung von Minimallohnen, welche Forderung ja auch bei den Unternehmern stets den größten Widerstand findet. Redner weist an zahlreichen Fällen nach, daß die Festsetzung von Minimallohnen für minderfähige Arbeiter eine Erhöhung der Löhne für die anderen von selbst nach sich zieht. Das Bestreben speziell der Bildhauer müsse ferner darauf gerichtet sein, feste Wochenlöhne anstatt der Stundenlöhne zu vereinbaren. Tarifverträge dürfen im allgemeinen nicht auf mehrere Jahre hinaus vereinbart werden, sondern sind tunlichst alljährlich zu erneuern. Vielfach sei noch die Meinung verbreitet, daß Tarifverträge dem Leben in der Bewegung Einbuße tun, das gerade Gegenteil ist der Fall; die Durchführung und Aufrechterhaltung der Tarife schafft Arbeit in Halle und Fräule, während sonst die Arbeiter in der Regel ihren Interessen erst wieder größere Aufmerksamkeit schenken, wenn ertrungene Erfolge längst wieder verloren gegangen sind. Auch die Arbeitgeberverbände, deren allgemeine reaktionäre Tendenz bekannt sind, werden beim Abschluß von Verträgen oft zu recht nützlichen Faktoren, indem diese Verträge dann in der Regel besser innegehalten werden, als wenn sie mit den einzelnen Unternehmern geschlossen würden. Tarifverträge ziehen aber in der Regel auch noch andere Vorteile nach sich, zum Beispiel Verbesserung der Arbeitsnachweisverhältnisse, Schaffung von Lehrlingsstellen etc. Aus all diesen Gründen müßten die Arbeiter allenthalben auf Abschluß von Tarifverträgen in ihrem Beruf hinwirken.

Eine Diskussion über den lehrreichen und beifällig aufgenommenen Vortrag, dem auch eine große Zahl von Mitgliedern der Zahlstelle Breslau beigewohnt hatte, wurde nicht gewünscht.

Unter dem dritten Punkt der Tagesordnung referierte Schramm-Breslau über die künftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in Schlesien:

Leider sei das bisher erlangte Material über die gegenwärtigen Zustände noch sehr mangelhaft, doch lasse dasselbe eine Befreiung als dringend notwendig erscheinen. Bezählt wurden in Schlesien 420 Kollegen, wovon 305 dem Verbandsverbande angehören; etwa 30 weitere Kollegen sind Mitglieder des Gewerksvereins (S.-D.). In der Holzbranche schwankt die Arbeitszeit zwischen 8 1/2 Stunden (Breslau und Liegnitz) und 12 Stunden (Bunzlau). In der Steinbranche zwischen 7 1/2 Stunden (Breslau) und 11 Stunden (Liegnitz). In der Modellbranche zwischen 8 Stunden (Breslau) und 9 Stunden (Liegnitz). In letzterem Orte betrug hier die Arbeitszeit früher nur 7 1/2 Stunden, ist also um 1 1/2 Stunden erhöht worden. Ebenso verhalten sich auch die Lohnverhältnisse. Bisher waren dieselben bei den Kleinmeistern in Breslau am traurigsten. Stundenlohn von 18, 20 und 25 Pf. waren zu konstatieren. Die Lohnbewegung hat hier Wandel geschaffen, in der Provinz aber bleiben noch Wochenlöhne von 12 Mark an zu verzeichnen.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heut im Gewerkschaftshause zu Breslau stattgefundene Delegierten-Konferenz der Bildhauer Schlesiens erklärt, an der Hand des vorliegenden Materials, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind und beschließt vor allem die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit zu erstreben, wo noch eine längere Arbeitszeit besteht.“

Es bildete sodann die Regelung der Stellenvermittlung Gegenstand der Verhandlung. Gegen die Stimme von Müller-Bunzlau gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute tagende Konferenz hält eine Aenderung der Zentral-Stellenvermittlung insofern für zweckmäßig, als bei den einlaufenden Offerten eines Bezirkes erst versucht werden muß, dieselben durch die Stellenvermittlung der Hauptverwaltungsstelle zu erledigen. Ist dies nicht möglich, sind dieselben der Zentrale zu überweisen.“

Unter Verschiedenem teilte der Obmann der Agitationskommission des Bezirkes, A. Loe-Breslau, mit, daß der Vorsitzende des Verbandes, Dupont-Berlin, bereit wäre, eine Agitationsstour durch Schlesien zu unternehmen. Die Konferenz hält dies einstimmig für notwendig.

Nach weiterer Beratung taktischer Fragen wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

* Die Stadt und die Sandschiffer! In einer am Sonntag im „Gewerkschaftshause“ stattgefundenen Versammlung der Sandschiffer, zu welcher auch eine Anzahl Arbeitgeber erschienen waren, wurde sehr lebhaft Klage geführt, daß, nachdem die Sandschiffer den Magistrat ersuchten, den von der Rgl. Strombauverwaltung gratis zur Abgabe gelangenden Oberland und Kies für städtische Zwecke abzunehmen. Das ist nun inzwischen geschehen, aber anstatt den nicht sofort verbrauchten Sand aufzusparen (dazu hat die Stadt genügend Platz), verkauft die Stadtverwaltung an Private größere Mengen, und zwar unter dem ortsblichen Preis!

Es wurde beschlossen, eine entsprechende Beschwerde schrift an den Magistrat zu senden, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Magistrat nicht zum Preisdrücker seiner eigenen Steuerzahler wird.

* Eine Porzellanarbeiter-Versammlung findet am Donnerstag dieser Woche im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses statt. Referent ist der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter Zietzsch, eingeladen sind als Gäste auch Mitglieder anderer Gewerkschaften.

* Der Bauarbeiterverband hielt am Sonntag im Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende an den Altmeister der modernen Arbeiterorganisationen, Ferdinand Lassalle, dessen vierzigjährigen Todestag die Breslauer Arbeiterkraft feiere. Ferner gedachte derselbe des üblich verunglückten Kollegen Bartisch aus Kawalen. Die Versammlung eröfnete das Audentia beisehen in der üblichen Weise. Es wurde sodann der Rechnungsbericht vom Stichtungsfeft verlesen, dasselbe hat mit einem Defizit von 12,06 M. abgeschlossen. Hierauf erstattete Kollege Böckel Bericht über die letzte Sitzung des Gewerkschaftsartells und erfolgte die Wahl von drei Mitgliedern die als Arbeiterschiffen in Vorschlag gebracht werden sollen und zwar die Kollegen Paul Böllner, Franz Wintler und Theodor Machol. Als Delegierte ins Gewerkschaftsartell wurden Johann die Kollegen Hennig und Alf gewählt. Am Schluß erfolgte der Bericht der Vertrauensmänner über die in letzter Zeit stattgefundenen Kampferren. Die Mitglieder Leuchter und Stampe, die sich als Arbeitswillige gebrauchen ließen, wurden aus dem Verbandsausgeschlossen.

* Freie Zurechtsetzung Breslau. Auf die morgigen Dienstag im „Gewerkschaftshause“, Zimmer 3, stattfindende Mitglieder-Versammlung sei hiermit nochmals hingewiesen. Da die Tagesordnung eine sehr große ist (Beratung von Anträgen zum Kreisamtstag, Wahl von Delegierten usw.) beginnt die Sitzung pünktlich 8 1/2 Uhr. Erscheinen aller ist Pflicht.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Die Kartell-Sitzung am 17. August d. Js. hat beschlossen, an das königl. Amtsgericht Breslau ein Gesuch um Wahl von Schöffen aus dem Arbeiterstande zu richten.

Wir fordern deshalb die Vorstände auf, spätestens bis 31. August d. Js. dem Arbeiter-Sekretariat Breslau, Messergasse 18/19, Namen, Beruf und Wohnung derjenigen Personen anzugeben, welche auf die Liste der Kandidaten gesetzt werden sollen.

Es empfiehlt sich, daß die kleineren Gewerkschaften je einen, die größeren je zwei, höchstens drei Kollegen vorschlagen.

Die Kandidaten müssen

1. Deutsche sein,
2. das 30. Lebensjahr vollendet haben,
3. seit 2 Jahren in Breslau wohnen,
4. seit 3 Jahren keine Armenunterstützung empfangen haben,
5. sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
6. in der Verfügung über ihr Vermögen durch gerichtliche Anordnung nicht beschränkt sein,
7. frei von einem Strafverfahren sein, welches zum Verlust ihrer bürgerlichen Ehrenrechte führen kann.

Die Gewerkschaften werden ersucht, die Anmeldungen sofort zu machen, da der Endtermin unmittelbar vor der Tür steht.

Der Vorstand des Gewerkschaftsartells.

* Achtung, Holzarbeiter! In der Waggonfabrik von Linke, Aktiengesellschaft, sind 150 Tischler heute Vormittag in den Zustand getreten. Die Forderungen, welche von den Holzarbeitern eingereicht waren, sind: die Einführung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit, sowie entsprechende Erhöhung der Lohngelder. Trotzdem viermal seitens der Werkstattkommission sowie der Verbandsleitung ein Einigungsversuch gemacht wurde, ist eine befriedigende Lösung nicht zu stande gekommen. Der Jutug wird gewarnt.

* Streik der Putzler in der Klostermühle. Seit Morgen traten sämtliche Putzler der Klostermühle in einen Streik, weil ihnen eine kleine Lohnzulage von ca. 150 Mk. pro Woche nicht bewilligt wurde. Bezeichnenderweise traten Arbeiter derselben Betriebs an Stelle der Streikenden!

Erklärung.

In der „Volkswacht“ Nr. 201 veröffentlicht der Vorstand des Gewerkschaftsartells, sowie die Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats eine Erklärung, und zwar soll es die letzte sein (wir zweifeln jedoch sehr daran), welche die unterzeichnete Verwaltungsstelle, und im besonderen deren langjähriger Bevollmächtigter mit dem geradezu unmissigen Vorwürfen überhäuft, sich selbst aber in ein strahlendes Licht zu stellen sucht, aber es notwendig ist, mit einigen Worten darauf einzugehen.

Wenn besritten wird, daß die S.-L. und S.-Arbeiter jemals im Gewerkschaftsartell gekannt worden seien, so sind wir eben seit Jahren anderer Meinung.

Die Differenzen begannen damit, daß im Jahre 1900, in der Frage der Zugehörigkeit der Dietricher zu unserer Organisation das Kartell, und insbesondere dessen damaliger Vorsitzender, Genosse Reuterich, eine Stellung einnahm, welche der Mehrzahl unserer Mitglieder unverständlich war, und welche schon in diesem Jahre dazu führte, daß auf Antrag der Kollegen Eisebit, Buchwald etc. in der heute General-Versammlung mit allen gegen 1 Stimme beschlossen wurde, weder an das Kartell noch an das Sekretariat Beiträge zu zahlen. Bisher hatten wir von einer schlechten Bezahlung nichts gehört.

Die Ortsverwaltung und, wie nachgewiesen worden ist, der Bevollmächtigte Zimmer haben wiederholt versucht, dem Sekretariat trotz dem Mittel zuzuführen, dieser Nachweis ist sowohl dem ehemaligen Kartellvorsitzenden, Genossen Böllner, dem verstorbenen Genossen Begner etc. durch die Protokollbücher geführt worden, und hätten wir annehmen können, daß die gegenteiligen Behauptungen nunmehr aufhören würden, — das ist leider bis heute nicht geschehen.

Konstatiert muß hierbei noch werden, daß schon im Jahre 1900 unser Bevollmächtigter den Arbeitersekretär ersuchte, in der schon erwähnten Versammlung sich an der enthaltenen Streikfrage zu äußern. Dies lehnte derselbe auf das Bestimmteste ab, trotz-

Strafregister der Partei.

(Aus dem Berichte des Parteivorstandes 1904.)

Die Opfer, die der Klassenkampf in dem Berichtsjahre erforderte, waren sehr beträchtliche. Insgesamt wurden erkannt auf 43 Jahre 2 Monate Gefängnis und 21,552 Mk. Geldstrafe. Das sind gegen das Vorjahr mehr 7 Jahre Gefängnis und 4500 Mk. Geldstrafe.

Sind auch die Opfer groß, die von zahlreichen tapferen Genossen an Freiheit und Gesundheit gebracht werden mußten, so tragen die Prozesse doch viel zur Klärung bei. Die meisten Freiheitsstrafen trafen solche Arbeiter, welche von dem Koalitionsrecht Gebrauch machten und bessere Arbeits- und Lohnbedingungen herbeiführen wollten. Sind auch die Arbeiter in der Wahl der Mittel vorsichtig, und kommen von Seiten der Arbeiter auch nicht solche Gewaltmittel in Anwendung, wie sie die Unternehmer in den Parteien zur Steigerung der Preise ihrer Waren, oder gar zur Unterdrückung der Arbeiter anwenden, so verurteilen doch die meisten Gerichte die Arbeiter zu Freiheitsstrafen.

Besonders bemerkenswert und von kulturgeschichtlicher Bedeutung waren zwei Prozesse der letzten Monate. In Saarbrücken wurde ein gemäßigter Bergmann, der Genosse Krämer, angeklagt und zu drei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung der Leiter der königlichen Bergwerke im Saarrevier verurteilt. In diesem Prozesse wurde die Praxis des „sozialen Königiums“ aber so bloßgestellt, daß wohl selbst die meistfeindlichen Professoren und größten Schmeichler sich schämen werden, je wieder die Phrase vom sozialen Königium zu gebrauchen.

Von hoher politischer Bedeutung war der Königsberger Prozeß. Als derselbe eingeleitet wurde, erkannten unsere Genossen, daß der Prozeß die deutsche Politik und die deutsche Rechtsprechung vor dem Asienische Blamieren war. Sie legten alle Hebel an, jene Blamage zu hindern. Wo und wie sich im Reichstage Gelegenheiten ergaben, die Regierung auf das Gramable Treiben aufmerksam gemacht. Aber der Reichstagsler Kamrat Wilow, der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen und die preussischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein glaubten in Russland einen Liebesdienst erweisen zu müssen. Die russische Polizei hatte auch wohl nicht ihre Zustimmung zur Einleitung des Verfahrens gegeben, weil sie wohl glauben mochte, daß nur Deutschland resp. Preußen sich dabei blamieren könne. Aber die deutschen und preussischen Minister sowie die russische Polizei täuschten sich gewaltig. Nicht nur die deutsche Politik und Rechtsprechung, sondern auch das gewalttätige blutdürstige und korrupte System des russischen Absolutismus wurde vor der Welt bloßgestellt, wie noch nie.

Es zeigt sich, daß die Staatsmänner und Richter noch immer glauben, mit Strafen eine Kulturbewegung aufhalten oder Handlungen hindern zu können, die naturgemäß aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen. Ganz wider Willen wirken sie agitatorisch für die Bewegung, die sie bekämpfen wollen. Werden auch zahlreiche Vorkämpfer des Proletariats schwer geschädigt, indem sie Freiheitsstrafen erdulden müssen und hierdurch mit an ihrer Gesundheit leiden, so werden die Strafen doch in der Regel auf den Verfall der Massen der Arbeiter befristet. Der Kampfesmut steigt, wenn Leute, die nach ihrem besten Wissen und Können für das Wohl der Arbeiter eintreten, wegen Handlungen und Aeußerungen bestraft werden, in denen sie selbst und kein Arbeiter eine Rechtsverletzung erdulden wegen Handlungen, die oft erst durch künstliche juristische Auslegungen zu Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafrechtes gemacht werden.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Parteitag. Die Genossen in Ostpreußen empfinden es ganz besonders, wie schwer die Partei- und Gewerkschaftsbewegung unter dem Alkoholgenuss der Arbeiter zu leiden hat. Die Genossen in Königsberg haben einstimmig diesen Antrag an den Parteitag gestellt, den der praktische Arzt, Genosse Gottschalk begründete:

„Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unserer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unserer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteizeitungen auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen.“

Zum Bremer Parteitag bringt der Sozialdemokratische Verein fürth wiederum den Antrag auf Einleitung einer Agitationskommission ein, der schon auf einem früheren Parteitag verhandelt wurde. Der jetzige Antrag unterscheidet sich von dem vorigen nur dadurch, daß die einzelnen Mitglieder der Kommission in verschiedenen Teilen des Reiches ihren Wohnsitz haben sollen. Er bezieht sich im

allgemeinen mit dem Antrag, der von den Parteigenossen Nürnbergers in der gleichen Sache beschlossen wurde, und den wir schon mitgeteilt haben.

In einer Münchener Parteiversammlung, die sich mit dem Parteitage in Bremen beschäftigte, wurden verschiedene Wünsche hinsichtlich der Tätigkeit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion ausgesprochen. Genosse Schmidt hatte bemängelt, daß auf den Parteitag die Anträge der Parteigenossen oft allzu summarisch erledigt würden durch Ueberweisung an den Parteivorstand. Genosse Manerer knüpfte an diese Aeußerung an und sagte, es sei in der Tat bis jetzt noch keine Berichterstattung des Parteivorstandes erfolgt über all die Anträge, die ihm seit Jahren zur Berücksichtigung überwiesen wurden. Es wäre fast nötig, einmal einen eigenen Parteitag einzuberufen zur Behandlung all der Anträge, die seit 1890 dem Vorstand überwiesen wurden und von denen man nichts mehr gehört habe. Manerer ist weiter durch verschiedene Vorkommnisse zu der Ansicht gelangt, daß die Reichstagsfraktion in der sozialen Gesetzgebung nicht immer auf der Höhe steht und nicht die genügende Lieberlichkeit hat. Er regt daher an, die Münchener Delegierten möchten mit den übrigen Delegierten Fühlung suchen, wie man sich stellt zur Schaffung einer Kommission für soziale Gesetzgebung. Er hält eine solche Kommission, die die soziale Gesetzgebung und alle dahin gehörenden Materialien eingehend zu prüfen hat, um bei entsprechenden Gelegenheiten sofort mit positiven Vorschlägen bei der Hand zu sein, für höchst nötig. Diese Kommission müßte auf dem Wege der Sozialgesetzgebung stets die Führung nehmen und nicht erst geschoben werden. Genosse Auer wendet sich ebenfalls gegen die Nürnberg-Fürther Anträge, als zu unklar. Genosse Timm meint, solche Anträge kommen stets, wenn irgendwo etwas fehlt, das ist auch hier der Fall. Unser Parteivorstand, wie er jetzt zusammengesetzt ist und wobei noch einer unserer verdienstlichen Genossen des öfteren erkrankt ist, ist mit Arbeit überhäuft und kann nach verschiedenen Richtungen nicht das leisten, was nötig wäre. Wo hat man, um nur zwei Dinge anzuführen, etwas gehört von der angelegentlichsten Agitation zu den Handelsverträgen? Wo ist die Agitation geblieben für die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung? Dies und anderes wäre Aufgabe des Parteivorstandes. Der Nürnberg-Fürther Antrag trifft das Richtige. Das richtige Mittel ist eine Gründung des Parteivorstandes. Wie eine Staatsverwaltung mehrere Ministerien hat, muß auch unser Parteivorstand, nachdem die Partei groß geworden, eine eigene Agitationsabteilung haben. Aber auch die Tätigkeit der Reichstagsfraktion muß stärker unter die Lupe genommen werden. Man erläßt nicht, mit welcher wichtigen Dingen man sich in den Fraktionsitzungen beschäftigt und welche wichtige gesetzgeberische Fragen man erledigt hat. Auch muß etwas mehr Dampf dahinter kommen. Es muß bedeutend mehr praktisch agitatorisch gearbeitet werden.

Die russischen Delegierten zum Amsterdamer Sozialistenkongreß sollen, wie der „Magdeb. Zig.“ aus dem Haag gemeldet wird, der Arbeiterzeitung „Der Volk“ zufolge vom Amsterdamer Polizeipräsidenten auf Gesuchen der russischen Regierung photographiert worden sein.

Bei den sachsenburgischen Landtagswahlen haben, wie der „Berl. Zig.“ gemeldet wird, im Fürstentum Lübeck, das bisher agrarisch vertreten war, die vereinigten Nationalsozialen und Sozialdemokraten den Sieg errungen. Gewählt wurden Hammerich und Vogt (nationalsozial), Adler (Volkspartei), Hug (Soz.) mit je 67, 43, 28 und 28 Stimmen von 73.

Die Kandidatur Göhres. In den jüngst erwähnten Mitteilungen über die beabsichtigte Aufstellung des Genossen Göhre als Reichstagskandidat in Ost und dessen Ablehnung bemerkt die „Rheinische Zeitung“:

„Soweit wir unterrichtet sind, geben die Parteigenossen des Kreises Hochheim-Kaiserslautern Göhre wieder aufzustellen.“

Das ist also derselbe Kreis, in welchem die frühere Auseinandersetzung um die Kandidatur stattfanden, die mit dem Verlust des Wahlkreises endeten.

Arbeiterbewegung.

Ein Indianer als Vorsitzender einer Produktivgenossenschaft. Im kanadischen „Gen. nischer“ wird in einem längeren Aufsatz die Tätigkeit einer Genossenschaft zur Fabrikation landwirtschaftlicher Erntemaschinen gewürdigt. Dem Artikel ist ein Bild des Vorsitzenden der Genossenschaft beigelegt, und dieser ist, wie Text und Bild beweisen, Dr. Dronghatela, ein Vollblutindianer mit akademischer Bildung, hoher Intelligenz und genossenschaftlichem Geiste.

Der Seemannsstreik in Marseille. Die Zahl der Streikenden in Marseille wurde bereits am Mittwoch auf 11,750 angegeben, nämlich 6000 Dockarbeiter, 2500 Matrosen der Handelsmarine, 1500 Arbeiter der Mehlmüllereien, 750 Fuhrleute, 600 Kohlen-

träger, 400 Vacker. Im Laufe des Donnerstages wurden wieder vier Schiffe, die in den Hafen einliefen, abgeteilt. Einige hundert Passagiere für Algerien und Tunesien warteten ungeduldig auf eine Gelegenheit, die Fahrt anzutreten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 29. August.

* **Die polnischen „Brüder“** graben sich in Oberschlesien einander das Wasser ab. Anstelle des verstorbenen Zentrums-Landtagsabgeordneten für Pleß-Nybnitz, Dr. Moritz, hofften die Radikalen einen der Ihrigen setzen zu können und stellten zu diesem Zwecke den „Gornoslaz“-Redakteur Kowalewski auf. Sein Sieg war jedoch nur möglich, wenn auch die gemäßigten Polen von der „Katholik“-Gruppe, die bei den letzten allgemeinen Wahlen das Zentrum unterstützten, diesmal für ihre Brüder vom radikalen Flügel eintraten. Die radikalen Blätter gaben denn auch bestimmt dieser Erwartung Ausdruck. Aber sie haben sich getäuscht. Die „Katholik“-Polen haben in der Person des Pfarrers Bendzjaletzky einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Das wird höchstwahrscheinlich nichts anderes bewirken als daß nun der bisher noch nicht nominierte Zentrumskandidat mit dem konservativen Kandidaten in Stichwahl kommt und dann den Sieg davonträgt, da die „Katholik“-Polen im zweiten Wahlgange sicher für ihn stimmen werden, weil sie ihre Zentrumsfreundschaft zum großen Mergel der Korjantyp-Leute nicht ablegen können. Durch diese politische Zwiespältigkeit herabzuheben sich die tieferen ober-schlesischen Polen selbst immer der sonst sicheren Erfolge.

* **Keine Grenz-Ereignisse.** Vor kurzem wurde gemeldet, daß unser liebenswürdiger russischer Nachbar infolge einer erfreulichen Grenzverleinerung geschaffen habe, als in Zukunft diejenigen Deutschen, deren Paß abgelaufen und nicht erneuert sei, nicht mehr drangsaliert und wie bisher oft längere Zeit in Haft gehalten werden sollten, bis sie eine erhebliche Geldstrafe gezahlt hätten. Vielmehr sollten auch die abgelaufenen Pässe nunmehr für voll gelten und deren Inhaber keinerlei Belästigung mehr erfahren. Die Freunde über das ungewohnte freundliche Entgegenkommen des Russen war aber nicht von langer Dauer, denn nun wird aus dem russischen Grenzgebiet gemeldet, daß dort in den früheren Zuständen keine Aenderung eingetreten ist, vielmehr die schärfsten Grenz- und Paßvorschriften jetzt eher noch schärfer gehandhabt werden wie früher. Warum sollte Russland auch uns, seine dienstwilligen, unterwürfigen Freunde, zum Dank für unsere offizielle Liebesdienste etwa zuvorkommend behandeln? Respektvoll behandelt der Barbar nicht den, der vor ihm kriecht, sondern den, welchen er fürchtet.

* **Die Hypothekenschwindlerin.** Die Nachforschungen nach dem Treiben der Hauswirtschafterin Maria, die es in außerordentlich gewandter Weise verstand, immer neue Lasten aus den Taschen leichtgläubiger Leute zu locken, fördern, wie die Polizei mittelt, ständig neues Belästigungsmaterial zu Tage. Unter den Opfern, die sich noch gemeldet haben, befindet sich ein Heringshändler, der um 1000 Mark erleichtert worden ist; einer Wäscherin schwindelte sie 200 Mark ab, indem sie anag, das Geld zum Ankauf einer Hypothek zu brauchen; einem Haushalter wurden mehrere Tausend Mark abgeschwindelt, weil die Maria das Geld für einen Beamten gebraucht haben will, der Geld aus der Kasse entwendet habe. Einem anderen Manne schwindelte sie mehrere Tausend Mark gegen Schuldscheine ab; eine Witwe von der Gräblichenerstraße erleichterte sie um 9800 Mark und verlor hohe Zinsen. Wurde auf Zahlung gedrängt, so bot sie Fesseln an und fand Entgegenkommen, denn sie wollte ja bei dem Ankauf der Hypothek erzielten Verdienst großmütig teilen. Außerdem küberete sie Zweifeln gegenüber, daß sie nur mit hochfeinen Leuten verkehre. Einem Händler schuldete sie 8500 Mark, einem Klempnermeister 1000 Mk. und dessen Schwester 1200 Mark, einer Frau von der Sonnenstraße 8000 Mark, einem Geschäftsbändler 12,300 Mark. Auch hat ihr die Tochter der Blumenhändlerin, von der in dem ersten Berichte über die Schwindlerin die Rede war, 3000 Mark eigenes und 7500 Mark zusammengeborgtes Geld geliehen. Aufser mit der fabelhaften Hypothek auf das Haus Dreslauerstraße 17 in Brieg hat sie auch noch eine andere Hypothek

Porträtkizzen vom Amsterdamer Kongreß.

In guter Leht.

In einem mächtigen, wohlthuenden Versöhnungsafford hat der Kongreß ausgeklungen. Für die Gefolgschaft von James gab der junge Renaudel, der schon in der Tallis-Kommission sich durch eine klare, sympathische Rede hervorgetan hatte, die Erklärung ab, daß seine Freunde sofort Schritte zur Herbeiführung der Einigkeit in der französischen Partei tun würden, und für die radikalen Gewerkschaften wurde das Gleiche versichert von Vaillant, dem braven alten Kommunistenkämpfer, dessen Gesicht übrigens einen verblühend deutschen Eindruck macht: er hat eine große schwarze Brille, einen weißen Bart und eine fast gerötete, was man sagen rote Nase.

Und dann kam Debel, der „alte Löwe“, wie ihn die französischen Blätter nennen. Seine flammende Beredsamkeit rief auch jetzt wieder alle mit sich fort, und sein Hoch auf die sozialistische Einigkeit wurde stürmischen Jubel. Als darauf der Präsident feierlich den Kongreß für geschlossen erklärte und die Delegierten begeistert die „Internationale“ ausstimmten, schauten wir Deutschen uns verlegen an und — hielten den Mund. Ein französischer Reporter sprang eifrig auf unsere Gruppe zu und wollte wissen, warum wir nicht mitgingen. Ich erwiderte ihm mit tiefem Ernste, es sei auf Antrag des Revisionisten Bernstein von uns beschlossen worden, an dem Abhängen anstreifender revolutionärer Lieder uns nicht mehr zu beteiligen.

Die Wahrheit ist natürlich, daß wir weder Melodie noch Text kannten und peinlich überrascht waren, als nicht die Parzellierung intoniert wurde. Wir wußten nicht, daß in Frankreich, der Heimat der Marxeilaise, dieses Lied von den Reaktionsären angenommen worden ist, ungefähr wie bei uns der Song von „Deutschland, Deutschland über alles.“ Die Marxeilaise wird jetzt gespielt, wenn der Jar zu Besuch kommt oder wenn die Soldaten anströmen, um auf streikende Arbeiter zu schießen, und so kam es, daß anstelle dieser heruntergekommenen Melodie das Proletariat sich ein anderes Kampflied suchte — und das ist die „Internationale.“

Es wäre eine lohnende Aufgabe für einen Kulturhistoriker, zu untersuchen, wann und warum so viele Erbkinder der französischen Revolution von 1789 nach und nach das revolutionäre Ansehen verloren haben und zu Einrückungen der herrschenden Klassen geworden sind. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Der Zylinderhut, der von dem amerikanischen Freiheitshelden Franklin nach Paris gebracht wurde, war geradezu ein Symbol des bürgerlichen Umsturzes — fast alle Größen der Revolution schmückte der Zylinderhut, — und heute ist aus diesem häßlichen Ding ein offizielles Staatsinsignium geworden. Wer Zeit und Lust hat, mag die „Geschichte des Zylinderhutes“ schreiben, — das Buch wird eine „Geschichte der Bourgeoisie“ werden, — in dem glänzenden Seitenhut spiegelt sich Kampf, Herrschaft und Verfall einer Klasse. Der einzige Delegierte, der einen Zylinderhut trug, war der achtzigjährige Jücker, dessen Namen

ich nicht behalten kann, — an den Ufern des Ganges scheinen die Ueberlieferungen von 1789 also noch in frischen Ehren zu stehen, und der ehrwürdige Greis verlangte Hilfe für seine gedrückten Stammesgenossen „im Namen der Menschrechte.“

Wir alle aber hatten keine Zeit uns in mehr oder weniger wichtige geschichtliche Betrachtungen zu verlieren; in größter Eile packten wir unsere Druckladen und Notizen zusammen, warfen einen letzten Blick in den schönen Konzertsaal, der uns eine Woche herbeigehert hatte, und eilten zum Hafen, wo zwei große Dampfer auf uns warteten. Die holländischen Genossen hatten es sich nicht nehmen lassen, uns zum Abschied zu bewirten und uns auf einer meistwürdigen Sesselfahrt die schönen Meeresufer zu zeigen. Wir fuhren in der Nähe des Anfelhotels, in dem Debel wohnte, ab. Tausende von Zuschauer standen am Ufer, sangen sozialistische Lieder, riefen „Hoch“ und winkten mit den Tischtüchern. Die Schiffskapelle begann zu musizieren, aber uns spannte sich ein tiefblauer Himmel, vor uns lagen die weißschäumenden Wasser, vom Lande glänzten fastig-prüne Wiesen und rote Badelandschaften, — es war ein Bild voll friedlicher Schönheit, und bald verbreitete sich, ausgehend von dem gastfreundlichen holländischen Genossen, eine stimmungsvolle Behaglichkeit, und ein Band froher Kameradschaftlichkeit umschloß uns alle, Amerikaner und Ostindier, Männer und Frauen, Europäer, Amerikaner, Australier und Asiaten. Die volle Einigkeit war für ein paar Stunden zur Tatsache geworden, und in dieser kurzen Spanne Zeit schon wirkte sie wahr Wunder, weckte sie ungeahnte Fähigkeiten und zeigte Menschen und Dinge in neuer Beleuchtung.

Karl Rantky, der „Stübenlehrer“, der „starre Theoretiker“ und der „Papst des Marxismus“, zeigte sich von einer ganz anderen Seite: als begabter, humorvoller Gesellschafter. Man muß es gesehen haben, wie er irgend einen allederenstenden ausländischen Solotanz ausführte, — und welche Heiterkeit erweckte es, als er dann seinen Freund Viktor Adler, der des Revisionismus verdächtig ist, aufforderte, er solle einen revisionistischen Vierton zeigen. Die Aufforderung blieb leider erfolglos, hingegen gab es eine andere Ueberraschung: Van Kol, der weißhaarige, hochgewachsene Abgeordnete mit dem glattrasierten Geheimratsgesicht, unser würdevoller, würdevoller Kongreßpräsident, trat in den Kreis, zog seinen Rock aus und sang und tanzte mit Feuer und Ausart die Carmagnole.

Und dann kamen von allen Seiten neue Darbietungen. Blechanoff und seine Freunde sangen uns ein paar ihrer schönsten russischen Volkslieder. Nach ihnen mußte natürlich der Japaner, der vielgelobte Katayama, auftreten und in der Sprache seiner Heimat ein Lied versuchen. Die schöne blasse Tochter von Jules Guesde sang einen Variationsmarsch mit dem Refrain: „Die Finne von der Wand und auf die Schulter!“, — ihre dankenswerten Augen haben sicherlich manchen von der Reform zur Revolution bekehrt. Auch die Deutschen kamen an die Reihe: Debel

und Pfannkuch und Wurm und die andern alle brachten, so gut es ging, das Lied vom Petroleum, und das Lied vom Ocker zum Vortrag:

Dreißigdreißig Jahre
Währt die Knechtschaft schon,
Nieder mit den Händen
Von der Reaktion!

Die Vertreter aller Nationalitäten bestiegen nach einander das Seil — nur Jalefias, der die Parteikasse aus Spanien, war nicht imstande, sein Königreich auch bei diesem Anlaß mit Erfolg zu repräsentieren.

Zwischen den lachenden, lärmenden Menschen drängte sich eine Menge Unterschriftenjäger herum. Besonders die arme Rosa Luxemburg wurde immer wieder geplagt, und mit einer Geduld, die mich bei ihr überraschte, unterzeichnete sie Dutzende von Postkarten. Ein bekannter Maler füllte sein Stiggenbuch mit Bildern hervorragender Parteiführer — besonders gut gelang ihm der schöne Lodenkopf des prächtigen italienischen Genossen Enrico Ferri.

Im Finge verging uns die Zeit, und als wir um halb 7 Uhr nach Amsterdamm zurückkehrten, reichte es für die Kameraden, die abreisen wollten, noch knapp zu den Schnellzügen. Es war ein schnelles, aber herzliches Abschiednehmen. Manche Fäden haben sich von Nation zu Nation herüber und hinüber gesponnen, manche wertvollen Winke haben uns die fremden Freunde gegeben, viele tüchtige, tapfere Kerle haben wir kennen und schätzen gelernt — die Woche war nicht verlorren, und als wir uns zum Abschied die Hände drückten, klang es aus jedem Mund mit warmem, aufrichtigem Ton: „Auf Wiedersehen in Stuttgart!“

Aus aller Welt.

Der Brand der Petroleumkanäle in der Antwerpen Vorstadt Hoboken hatte am Freitag Abend sämtliche Petroleumbehälter ergriffen. Von den 80 Arbeitern, die beim Ausbruch des Brandes in Tätigkeit waren, wurden sechs vermisst, und von diesen hat man bisher vier aufgefunden, die von dem Feuer vollständig verholt waren. Der Brand ist durch die Explosion eines Petroleumkanals unter dem Brand von Petroleumkanälen entstanden. Das Petroleum lief aus und entzündete sich an einer in der Nähe befindlichen Feldschmiede. Es gehört russischen Gesellschaften. Das Feuer ergriff aber auch die Kanäle der amerikanischen Standard Oil Company, Petroleumwaggons und Schiffe, die in Flammen. Ein Karzer gegen die Schiffe hinwegzudenken wird begünstigt das Feuer. Obwohl für die Kanäle in Antwerpen keine Gefahr bestand, verließen die in Hoboken festgemachten Schiffe ihre Lagerplätze. Die Feuerwehr, die von Soldaten unterstützt wurde, mußte sich auf den Schutz der benachbarten Gebäude beschränken. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt, wird aber durch Versicherung gedeckt.

